Nummer 371

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang. Sonnabend, 9. August 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, „Welt und Wissen",

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", Illustrierte Wochenbeilage, Literarisch-künstlerische Beilage „Für den Salon" | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: M. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: L. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Rongiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 franzöf. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat August 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manufkr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Ludendorff über das alte Heer.

Anläßlich der 10. Wiederkehr des Mobilmachungstages hatte der Nationalverband Deutscher Offiziere zusammen mit anderen nationalen Verbänden im Berliner Kongreßhaus in der Mauerstraße einen Erinnerungsabend veranstaltet, der von etwa 5- bis 6000 Personen besucht war. General Ludendorff und Großadmiral v. Tirpitz, die beide sprechen sollten, hatten krankheitshalber abgesagt, so daß Admiral v. Schröder für Admiral v. Tirpitz das Referat übernahm. Um Störungen der Feier zu verhindern, waren mehrere Abteilungen der Schutzpolizei aufgeboten worden. Der Andrang des Publikums war so stark, daß schließlich die Schutzpolizei energische Maßregeln treffen mußte, um einer Ueberfüllung vorzubeugen. Nach dem Einmarsch der Fahnen begrüßte Oberst von Struensee die Erschienenen und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß General v. Ludendorff und Großadmiral v. Tirpitz am Erscheinen verhindert seien. Dann verlas der Redner die Rede, die General Ludendorff ursprünglich selbst halten wollte. General Ludendorff gedachte in seinen schriftlichen Darlegungen zunächst des alten Heeres und der Toten sowie der Verwundeten des Weltkrieges. „Qualvolle Gedanken bewegen und heute, da verruchte Kontrollkommissionen das Andenken unseres ruhmreichen Heeres befudeln. Das deutsche Heer war mein Lebensinhalt, es bürgte für Ehre und Freiheit des Vaterlandes. Die Toten des Krieges, die ihre Schuldigkeit getan, rufen uns auf, daß wir unsere Schuldigkeit tun sollen. Die alte Wehrmacht war das Werk der Kurfürsten, der deutschen Bundesfürsten und der deutschen Kaiser. Wenn ich der Preußischen Armee gedenke, so ist es meine Ehrenpflicht, auch der deutschen Fürsten und besonders Seiner Majestät Kaiser Wilhelms II., des obersten Kriegsherrn, in tiefster Ehrfurcht und Dankbarkeit zu gedenken. Mögen die Ereignisse nach dem Kriege auch noch so vieles umgestaltet haben, das Band zwischen dem Kaiser und seinen Soldaten zerreißen sie nicht, von unserem Fahneneid kann uns nur Gott erlösen. (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Die Armee ist die vornehmste Institution im Lande, denn sie gewährt dem Bürger persönliche und politische Freiheit. Jeder Staat geht und fällt mit seiner Armee. Lassen Sie alles Nörgeln an dem alten Heer, sehen Sie es in seinem wundervollen Glanz, in dem es 1914 stand. Das alte Heer war demokratisch in seiner Grundlage, aristokratisch in seinem Aufbau, eine Volksschule von höchster Bedeutung, ein scharfes Werkzeug in der Hand des Kaisers. Das Heer war unpolitisch und doch vertrat es unbewußt die politische Richtung: Dem monarchischen Gedanken und eine starke deutsche Politik. Nur auf ein starkes Heer gestützt, vermochte Bismarck das Reich für die Nation zu erkennen. Ein Wort über den militärischen Drill — ich nenne dieses Wort mit Absicht — im alten Heere. Heute hat man seinen wahren Wert erkannt und übertrügt ihn, wie das Beispiel des Amerikaners Ford zeigt, sogar auf die Wirtschaft. Der Drill sollte den Mann befreidigen, Geist und Körper jederzeit in strenger Zucht zu halten. Als ich mit Conrad d. Hötzendorf im Dezember 1914 zum erstenmal zusammentraf, da gestand er mir zu, daß der Drill in der deutschen Armee, an den er früher gezweifelt, doch die richtige Erziehung des Soldaten gewesen sei."

General Ludendorff ging dann in ausführlicher Weise auf den Wehrpflichtgedanken ein und erklärte: „Die alte Wehrpflicht hat unser Volk gesund erhalten und es vor Krankheiten bewahrt. Leider hat der Staat aus dem Wehrpflichtgedanken nicht die letzte Konsequenz gezogen und nur die als Vollbürger anerkannt, die ihrer Wehrpflicht genügt hatten. Es war das Verhängnis Deutschlands, daß es seine Volkskraft nur zu einem Teil für die Wehrkraft ausnutzte. Nicht weniger als 58 Prozent, Deutschland nur 54 Prozent seiner wehrfähigen Männer ein. Hier liegt unsere Schuld am Kriege. Aber auch nur hier. Nur durch unsere Schwäche, durch Nichtausnutzung der Volkskraft haben wir die Angriffsluft der Feinde angestachelt, durch eine straffe Sparsamkeit und ungenügende Mittel zur Ausrüstung haben wir die Macht des Gegners gestärkt. Hätten wir die Caprivische Vorlage angenommen, so wäre der Krieg nie gekommen oder wir hätten ihn gewonnen. (Langanhaltender Beifall.) Die Schuld, die die Regierung und der Reichstag in dieser Frage auf sich genommen haben, kann nie getilgt werden. Sie deswegen zur Rechenschaft zu ziehen, ist unsere Pflicht. Wenn man mir immer politische Urteilslosigkeit vorwirft, wenn man mir sogar die Schuld am Kriege beimißt, so kann ich ruhigen Gewissens sagen: „Ich habe mehr Einsicht gehabt, als jeiner Reichstag, der uns die Mittel zur Stärkung der Wehrkraft verweigerte, der die Feinde aufreizte, den Krieg veranlaßte und den Grundstein zur Revolution legte. Dazu kam der Kampf der inneren Volksverderber gegen das Heer. Von Landesverrätern wurde unser Heer entwaffnet. Und wenn die Volksverderber heute sagen, wir müßten als waffenloses Volk alles ertragen, so denke man daran, daß unser Heer beim Rückzug über den Rhein, als es noch schlagfertig war, von eben diesen Volksverderbern entwaffnet und aufgelöst worden ist. Das Heer von 1914 fordert Vergeltung. (Minutenlanger Beifall.) Wir müssen uns klar sein, daß das alte Heer in irgend einer Form wieder aufgerichtet werden muß, daß es die Grundlage für unsere Zukunft ist. Aber diese Grundlage wird erkämpft werden müssen. Wir sind ein politisch verstladenes Volk und sollen durch das Sachverständigengutachten auch in wirtschaftliche und geistige Sklaverei gezwungen werden. Der deutsche Nationalstolz soll gebrochen werden. Die deutschen Tage werden verboten, und wer heldisch denkt, fliegt auf die Straße. Preußen soll zerschlagen werden, die Weimarer Verfassung und das Bamberger Programm sind Markisteine auf dem Wege dazu. Die Grundlage für das neue Heer ist die Erhaltung eines starken Preußens, Treue zum Hohenzollern-Haus, Tapferkeit und Kampfgemeinschaft aller Deutschen. Haben wir das alte Heer nicht mehr, so setzen wir an seine Stelle das ganze deutsche Volk!" (Beifall.) General Ludendorffs Ausführungen schlossen mit den Worten: „Ich glaube trotz alledem an Deutschlands Zukunft!"

Heute Ministerrat in Paris.

Herriot und Rollet begeben sich dorthin.

Die kritische Stunde der Londoner Konferenz ist nahe. Herriot wird sich am Sonntag aus Paris die Weisungen für seine Entscheidung bezüglich der Räumung des Ruhrgebiets holen. Fällt sie im Sinne Poincarés und Mailets aus, so ist es den Deutschen und auch wohl den Engländern unmöglich, der Durchführung des Dawes-Planes zuzustimmen und die Konferenz wäre gescheitert. Setzt aber Herriot im Ministerrat die Annahme eines bestimmten nahegelegenen Termins für vorbehaltlose Räumung durch, so entfesselt er den Sturm der Poincaré-Opposition, der sich der Kriegsminister Nollet wohl anschießen dürfte. Dann wäre die Regierungskrisis in Frankreich da, deren Ausgang nicht auf Bestimmtheit voraussusehen ist und die auch nicht ohne nachteilige Auswirkung auf die Stellung des Kabinetts Macdonald bleiben könnte.

Wir fürchten, daß Poincarés Doktrin, die Sicherheit sei für Frankreich wichtiger als die Kriegsentschädigung mitsamt dem Dawes-Plan, siegreich bleibt.

Dr. O.

Herriot will Paris entscheiden lassen.

Meinungsverschiedenheiten mit Nollet in der Ruhrfrage.

EE Paris, 8. August.

Die Sensation des Tages ist die Ankündigung, daß Ministerpräsident Herriot in Begleitung des Finanzministers Clementel und des Kriegsministers General Nollet morgen abend nach Paris kommt und am Sonntag abend wieder nach London zurückzukehren denkt. Der Ministerpräsident hat die Absicht, dem am Sonntag unter dem Vorsitz von Doumergue stattfindenden Ministerrat Bericht über den Fortgang der Konferenzarbeiten zu erstatten und Entscheidung über die in London zu fassenden Beschlüsse herbeizuführen. Daß die Londoner Verhandlungen tatsächlich auf ihrem Kulminationspunkt angelangt sind, geht des weiteren daraus hervor, daß Herriot Maßnahmen zur sofortigen Einberufung beider Häuser des Parlaments fordert. Ursprünglich hatte man die Absicht, den Generalsekretär des Ministeriums nach Paris von London zu entsenden, doch entschloß sich Herriot im letzten Augenblick, persönlich mit seinen Kollegen Rücksprache zu nehmen, von der — so oder so — die Entscheidung der Konferenz in London abzuhängen scheint. Eine Havasnote fügt der Meldung von der Pariser Reise Herriots hinzu, die Reise des französischen Generalbevollmächtigten dürfe nicht als ein Zeichen dafür aufgefaßt werden, daß eine Krisis in der Konferenz eingetreten sei.

Der Londoner Sonderberichterstatter der „Liberté" glaubt zu wissen, daß die Pariser Reise Herriots ihre Ursache in tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten mit General Nollet hat. Nollet vertrete den Standpunkt, daß an eine Räumung des Ruhrgebiets nicht zu denken sei, bevor Deutschland Beweise seiner vollständigen Abrüstung gegeben habe.

Der Sonderberichterstatter von Havas in London meldet, daß heute vormittag in der französischen Botschaft der Direktor am Quai d'Orsay, Peretti della Rocca, der Generalstabschef des Marschalls Foch, General Destider, und der Kabinettschef Herriots im Außenministerium, Bergery, über die endgültige Klärung des Planes für die militärische Räumung des Ruhrgebiets beraten haben.

Paris, 8. August.

Der Ministerrat ist für morgen, Sonnabend, abends 10 Uhr, in das Elysee einberufen worden. Ministerpräsident Herriot trifft spätestens morgen abend um 9 Uhr in Paris ein.

Zwei Tage Stillstand.

Eine neue Sitzung der „Vierzehn" erst Montag.

London, 8. August.

Heute nachmittag 2 Uhr 30 Minuten hat eine neue Sitzung der alliierten und der deutschen Minister stattgefunden. Der Rat der Vierzehn vertagte sich um 4 Uhr. Wie verlautet, sind ihm vom zweiten und dritten Komitee noch keine endgültigen Schlüsse vorgelegt worden. Macdonald begibt sich wahrscheinlich morgen aufs Land; er hat sich vorbehalten, eine Sitzung für Montag einzuberufen. Morgen vormittag finden vermutlich Komiteesitzungen statt.

Von anderer Seite wird hierzu weiter berichtet: Am Ende der Nachmittagssitzung der „großen Vierzehn" teilte Herriot mit, daß er beabsichtige, morgen vormittag um neun Uhr nach Paris zu reisen. Die Konferenz wird mindestens zwei Tage, abgesehen von den Kommissionsarbeiten, in das Stadium vollkommenen Stillstandes eintreten. Am Ende der Sitzung hat Macdonald darum, daß man es unterlassen möge, ein Datum für die nächsten Sitzungen festzusetzen, da einige Minister der Konferenz, darunter er selber, über das Wochenende London verlassen würden. Das Wort „einige Minister" war natürlich eine Anspielung auf die Reise Herriots nach Paris. Die Sitzung konnte im übrigen nicht zu einem Beschluß kommen, da die Unteausschüsse, entgegen den Erwartungen, mit ihren Beratungen nicht zu Ende gekommen waren. In der Frage der Investierung der nichtübertragbaren Reparationsbestände durch die Zahlungsagenten ist keine Einigung erzielt worden. Man beschloß vielmehr, die in London anwesenden Mitglieder des Dawes-Ausschusses zu ersuchen, ein Gutachten darüber abzugeben, in welchem Maße die von Frankreich angeregte Möglichkeit eines Schiedsspruches in diesem Punkte mit dem Dawes-Plan vereinbar ist.

Der deutsche Standpunkt in London.

Eine offiziöse Auslassung.

WTB London, 8. August.

Beträchtlich schwieriger als im zweiten Ausschuß scheinen die Verhandlungen im dritten Ausschuß, da von französischer Seite die Neigung besteht, bezüglich der Sachlieferungen die Dinge durchzudrücken, die Deutschland schwerlich zugestehen kann. Nach dem Versailler Vertrag enden die Farbstofflieferungen im Jahre 1925, die Kohlenlieferungen im Jahre 1930. Hinsichtlich der Kohle handelt es sich um die grundsätzliche Frage, ob man über einen geschlossenen Vertrag in einzelnen Punkten hinausgehen solle. Französischerseits zeigt sich das Bestreben, chemische Produkte, die natürlich keine Naturalprodukte sind, unter den Begriff der Naturallieferungen zu stellen. Eine Erfüllung dieser Forderung würde eine Fortdauer des bisherigen Druckes auf die deutsche chemische Industrie und eine weitere Verbindung ihrer Unabhängigkeit auf dem internationalen Markte bedeuten. In der Frage der Sachlieferungen kann von deutscher Seite den französischen Forderungen auf Holz und chemische Produkte nicht nachgegeben werden. Diese Frage wird, wie zu erwarten ist, vom Rate der Vierzehn behandelt werden, weil es sich um eine prinzipielle Frage handelt. Ueber die politische Frage entscheidet letzten Endes die Vollkonferenz.

Es besteht der Eindruck, daß das bisherige Ergebnis der Verhandlungen Deutschland keinerlei Grund gibt, enttäuscht zu sein, da auf alliierter Seite mit bemerkenswerter Schlichtheit auf die deutschen Argumente anscheinend eingegangen worden ist. Dies trifft ebenfowohl für die Sanktionsfrage wie die Frage der Definition der Verfehlungen, wie schließlich auch für die Amnestie zu, in der durch Ausmerzung des unerträglichen Satzes, daß nur amnestiert werden solle, soweit die Sicherheit der Besatzungstruppen nicht gefährdet werde, nun sichergestellt ist, daß

auch der letzte Deutsche amnestiert werde.

Bezüglich der Hochverratsdelikte können von deutscher Seite keine Zugeständnisse gemacht werden, wenn nicht die deutsche Justizhoheit in besetzten Gebiet wiederhergestellt wird. In diesem Falle kann von deutscher Seite gesagt werden, daß alles, was zwischen dem 11. Januar 1923 und 16. August 1924 geschah, ausgestrichen wird, daß aber nach dieser Zeit jeder dem deutschen Gesetz verfällt und nicht von den Besatzungsbehörden geschützt werden darf, der gegen das deutsche Gesetz verstößt. Auch in der

Frage der Anleihe

scheint dem deutschen Standpunkt, daß Deutschland für ein etwaiges Nichtzustandekommen der Anleihe nicht verantwortlich gemacht werden könne, da die Anleihe ohne Unterstützung kaum zustandekommen könne, Rechnung getragen worden zu sein. Es wäre nicht erstaunlich, wenn die auf die letztere Frage bezüglichen Erörterungen den deutschen Gelegenheit boten, Anfragen über die Anleihemöglichkeiten und die bisherigen Maßnahmen in dieser Hinsicht an die Alliierten zu richten, und wenn von seiten der letzteren zum Ausdruck gebracht wurde, in welchem Maße diese Frage die interalliierte Konferenz beschäftigte. Eine Beantwortung der deutschen Fragen scheint jedoch noch nicht erfolgt zu sein. Wahrscheinlich wurde aber die Zweckmäßigkeit einer Fühlungnahme zwischen den deutschen Vertretern und den Bankiers betont. Wie angenommen ist, steht die Konferenz dauernd mit den Bankengruppen in Verbindung. Es ist klar, daß die Frage der Mitwirkung der Banken von größter Bedeutung für das Ergebnis der Konferenz sein muß. Auf Seiten Deutschlands besteht natürlich ein beträchtliches Interesse an der Sicherheit des Zustandekommens der Anleihe angesichts der vom Dawesbericht vorgesehenen, die Reichsbank, die Reichsbahnen usw. betreffenden Reformen.

Unter den formell gum Programm der Konferenz gehörigen Fragen stehen demnach noch die Frage der Zurücklassung der französischen und belgischen Eisenbahner sowie die Transferfrage aus. Es ist kaum möglich, den augenblicklichen Stand dieser Fragen darzulegen. Ein Verbleiben der französischen und belgischen Eisenbahner kann von deutscher Seite nicht zugestanden werden. Diese Frage steht im Zusammenhange mit der Frage der

militärischen Räumung des Ruhrgebietes.

Es ist anzunehmen, daß in dieser Frage zunächst Beratungen zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland stattfinden werden und daß, wenn zwischen dem französischen und dem deutschen Standpunkt eine Verständigung erfolgt, die Angelegenheit in Form eines Protokolls vor die Konferenz kommen wird.

Der deutsche Standpunkt in der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets muß als außerordentlich stark angesehen werden. Es ist daher kaum verwunderlich, wenn das Recht Deutschlands, diese Räumung zu fordern, von keiner Seite irgendwie in Zweifel gezogen worden ist. Wenn die ganze Welt es als selbstverständlich betrachtet, daß deutscherseits diese Frage vorgebracht wird, handelt es sich jetzt nur noch um die Frage der Modalitäten. Jede Verbindung dieser Räumung mit irgendwelchen finanziellen Leistungen Deutschlands in Form von kommerziellen oder wirtschaftlichen Konzessionen muß als unmöglich bezeichnet werden. Zu der Räumungsfrage darf es sich keinesfalls um eine Frist von zwei oder einem Jahre handeln, sondern nur um eine nach Monaten bestimmte absehbare Zeit. Es kann ferner kein Zweifel darüber bestehen, daß die Räumung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts selbstverständlich ist und daß alle Sanktionsgebiete einheitlich geräumt werden müssen.

Andererseits besteht die Möglichkeit, daß

handelspolitische Fragen und die Frage der Sicherheit

in die Debatte geworfen werden. Bei den handelspolitischen Fragen könnte es sich allerdings nicht um dauernde Verträge, sondern höchstens um einen modus vivendi während einer Uebergangszeit handeln. Hinsichtlich der Frage des Sicherheitspaktes muß daran erinnert werden, daß, soweit völkerrechtliche Verträge in Betracht kommen, die deutsche Regierung unter dem Reichskanzler Cuno bereits derartige Verträge anregte, die von Stresemann, als er Reichskanzler war, wieder aufgenommen, von Poincaré jedoch abgelehnt wurden. Sollte von französischer Seite dieser Gedanke wieder aufgegriffen und ein Vertrag befürwortet werden, der sowohl Deutschland wie Frankreich Schutz gewährt, so kann von deutscher Seite hiegegen schwerlich ein Einwand erhoben werden. Hier allein, nicht jedoch in der Richtung der Zahlung von Obligationen scheinen Möglichkeiten zu liegen. Es ist zu hoffen, daß auch über diese Frage eine Verständigung zustande kommt, vorausgesetzt, daß ein Wille hierzu vorhanden ist.

Eine Mahnung aus der deutschen Industrie an die deutsche Delegation in London.

Wir erhalten Kenntnis von dem Schreiben eines bekannten deutschen Industriellen an ein Mitglied der deutschen Delegation in London, das nicht nur wegen der politischen Einstellung des Briefschreibers interessiert, sondern noch mehr wegen der Schilderung der Stimmung in der englischen Großindustrie, die der Schreiber in persönlicher Unterhaltung feststellen konnte. Daneben bietet der Brief einen beachtenswerten Beitrag zur Erkenntnis der ungünstigen Situation, in der sich die deutsche Industrie gegenüber dem Ausland befindet. Wir geben aus dem aus Berlin vom 6. August datierten Schreiben folgendes wieder:

„Ich bin einen Tag früher aus Paris und London in Berlin angekommen, als Sie abreisten, wollte Sie noch sprechen, habe auch in Ihrer Wohnung angerufen, leider wußte niemand, wo Sie waren.

Ich habe mich gefreut, daß Sie der Delegation angehören und möchte Sie dringend bitten, nichts mitzumachen, was nicht absolut ausführbar

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der deutsche Beamte

(Nr. 30)

und die illustrierte Wochenbeilage

Das Leben im Bild.